

Ökologisch - Sozial - Bürgernah - Weltoffen

Kommunalwahlprogramm 2014

**Bündnis 90 / Die Grünen
Rheinstetten**



HIER-GESTALTEN.DE



INHALT

1	Präambel	3
1.1	Grüne Politik in Rheinstetten	3
1.2	Unser Verständnis von Rheinstetten	3
2	Demokratisches Rheinstetten	3
2.1	Mehr Beteiligung	3
2.2	Mehr Transparenz	4
2.3	Mehr direkte Demokratie	4
3	Ökologisches Rheinstetten	5
3.1	Natur- und Landschaftsschutz	5
3.1.1	Rückhalteraum als Chance für Mensch und Natur	5
3.1.2	Naturvielfalt in Rheinstetten bewahren	5
3.1.3	Landwirtschaft in Rheinstetten	6
3.1.4	Tierschutz	7
3.2	Energie	7
3.3	Abfall	8
3.4	Erfolgreiches Rheinstetten	9
3.4.1	Wirtschaft fördern, Region stärken, Flächen schonen	9
3.4.2	Die Gemeinde Rheinstetten als Kundin: Gentechnikfrei, ökologisch, fair, regional	9
3.4.3	Kommunale Finanzen – die Schuldenbremse im Blick	10
4	Grüner Verkehr	10
5	Lebenswertes Rheinstetten	11
5.1	Für die Menschen planen	11
5.2	Funktionierende Nahversorgung	11
5.3	Lebensfreundliche Quartiere	12
5.4	Junges Rheinstetten	12
5.5	Seniorenarbeit stärken	13
5.6	Kulturelle Vielfalt für Rheinstetten	13
5.7	Vereine fördern	14
6	Soziales Rheinstetten	14
6.1	Dezentrale bedarfsgerechte Unterstützung	14
6.2	Engagement für Menschen in sozialen Notlagen	15
6.3	Gemeinsam Leben - mit und ohne Behinderung	15
6.4	Gute gesundheitliche und medizinische Versorgung	15
7	Bildung und Betreuung	16
7.1	Gute Schulbildung von Anfang an	17
7.2	Entwicklungschancen für die Größeren	17
7.3	Betreuung von Kleinen und Größeren	18
8	Verantwortliches Rheinstetten	19
8.1	Integration von Flüchtlingen	19
8.2	Für Toleranz und Vielfalt	19
8.3	Gleichberechtigung und Gender Mainstreaming	20
8.4	Akzeptanz und gleiche Rechte auf allen Ebenen	20

1 Präambel

1.1 Grüne Politik in Rheinstetten

Seit 30 Jahren gibt es erfolgreiche Grüne Politik in Rheinstetten und in unserem Gemeinderat. Wir wollen an erfolgreiche Grüne Konzepte und Initiativen anknüpfen und auch in den neuen Gemeinderat mutig, zukunftsorientiert und konsequent Grüne Kommunalpolitik einbringen. Unsere Politik stellt den Umwelt- und Klimaschutz, gute Bildungschancen, ökonomische Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe für alle in den Mittelpunkt und setzt bei wichtigen Entscheidungen auf breite Beteiligungsmöglichkeiten.

1.2 Unser Verständnis von Rheinstetten

Rheinstetten ist ein Zusammenschluss von mehreren gewachsenen Ortsteilen. Wir brauchen ein städtebauliches Gesamtkonzept, das den Besonderheiten von Rheinstetten Rechnung trägt. Die alten Ortskerne möchten wir aufwerten und den Charakter unserer Gemeinde als in die Natur eingebettete Ortschaft mit guter Anbindung an Karlsruhe erhalten. Wir möchten unsere landschaftlich wertvollen Naherholungsgebiete und landwirtschaftlichen Flächen für zukünftige Generationen bewahren und uns für den verantwortlichen Umgang mit der Gemeindefläche einsetzen.

2 Demokratisches Rheinstetten

Demokratie wächst von unten. Und sie lebt vom Mitmachen. Das gilt besonders für die Politik vor Ort, denn vor allem hier wird Politik für die Bürgerinnen und Bürger konkret erlebbar. Wir GRÜNE machen uns deshalb für ein demokratisches Rheinstetten stark: Für mehr Beteiligung, mehr Transparenz und mehr direkte Demokratie.

2.1 Mehr Beteiligung

Wir wollen die demokratische Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger stärken. Denn: Die besten Lösungen sind gemeinsame Lösungen. Und diese entstehen nur, wenn Gemeinderat, Verwaltung und Bevölkerung miteinander im Dialog stehen und es einen breiten Wettstreit der Ideen und Meinungen gibt. Wir GRÜNE treten deshalb für öffentliche Debatten und transparente Entscheidungen ein. Wir möchten generationsübergreifend die Lust auf Politik fördern.

Wer hier lebt, muss hier auch politisch mitbestimmen können. Deshalb soll die Kompetenz der lokalen Agenda-Arbeitskreise, der Umweltverbände, des Seniorenrats, des Jugendgemeinderats, der Kirchen sowie von Frauengruppen und anderen lokalen Gruppen bei entsprechenden Ratsentscheidungen mehr Raum erhalten. Wir machen uns auch für die Einrichtung eines Vertretungsgremiums für Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinstetten stark.

Öffentliche Workshops und Bürgerversammlungen können wichtige Impulse für die Gemeindepolitik liefern. Ergänzend fordern wir erneut repräsentative Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern durchzuführen und als Entscheidungshilfen bei der Stadtentwicklung mit einzubeziehen.

Öffentliche Leserbriefe sind ein wichtiger Bestandteil demokratischer Kultur. Wir wehren uns gegen jeden Versuch von Zensur und Beschränkung der Meinungsfreiheit.

Wir möchten Menschen ermutigen, mit ihren Anliegen und Anregungen auf uns zuzugehen. Wir nehmen diese Anliegen und Anregungen ernst und machen uns dafür stark, dass diese Anliegen auch an anderer Stelle ernst genommen werden und Gehör finden.

2.2 Mehr Transparenz

Keine Beteiligung ohne Transparenz: Die Bürgerinnen und Bürger können sich nur in ihrer Kommune einbringen, wenn sie zeitnah und umfassend über alle wichtigen Projekte informiert werden. Gemeinderat und Verwaltung müssen sich aktiv darum kümmern, dass alle Teile der Bevölkerung Zugang zu allen wichtigen Informationen bekommen. Wir freuen uns, dass die Gemeinde unserer Forderung nach der Bereitstellung von Gemeinderatsunterlagen im Internet endlich nachgekommen ist. Allerdings sollte die Rheinstetten-Internetpräsenz noch deutlich benutzerfreundlicher gestaltet werden.

Über Zeitung, Amtsblatt oder Bürgerversammlungen werden nicht alle im Ort lebenden Gruppen erreicht. Gemeinderat und Verwaltung müssen deshalb weitergehende Informationsangebote bereitstellen. Wir setzen uns für neue Formen der Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinderat und Verwaltung ein, z.B. Onlinforen und Gesprächsforen mit Gemeinderatsmitgliedern.

2.3 Mehr direkte Demokratie

In Baden-Württemberg sind Bürgerentscheide in den Kommunen bei Einzelfallentscheidungen möglich. Einen solchen Bürgerentscheid können die Bürgerinnen und Bürger einer Kommune durch das Sammeln einer ausreichenden Zahl von Unterschriften herbeiführen. Für uns GRÜNE ist klar: Dort, wo der Wille zu einem Bürgerentscheid deutlich wird, sollte der Gemeinderat selbst den Weg zur direkten Demokratie frei machen und nicht das aufwendige Verfahren der Unterschriftensammlung abwarten. Außerdem halten wir GRÜNE das Quorum, wonach sich mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten an einem Bürgerentscheid beteiligen müssen, für zu hoch. Wir treten deshalb weiter dafür ein, dass das Land das Quorum für kommunale Bürgerentscheide herabsetzt. Bürgerentscheide sollen die Bürgerinnen und Bürger motivieren, ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen stärker in kommunalpolitische Entscheidungen einfließen zu lassen. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn die Ergebnisse ernst genommen werden und Bürgerentscheide nicht nur zum Schein durchgeführt werden. Bürgerentscheide stoßen an ihre Grenzen, wenn es um den Schutz von Minderheiten geht.

3 Ökologisches Rheinstetten

Für uns GRÜNE ist Ökologie mehr denn je Dreh- und Angelpunkt für sämtliche Politikbereiche. Klimawandel, zunehmende Naturkatastrophen und Artensterben erfordern global und lokal konsequentes Handeln. Auch Wirtschafts- und Finanzpolitik muss sich an ökologischen Maßstäben messen lassen. Investitionen in den Umweltschutz sichern unsere Zukunft, geben Anstöße für weitere Innovationen und schaffen Arbeitsplätze.

3.1 Natur- und Landschaftsschutz

Damit der Slogan „Rheinstetten – wo die Natur zu Hause ist“ auch in Zukunft seine Berechtigung behält, muss die Gemeinde ihren Natur- und Landschaftsschutz entsprechend ausrichten. Für Grüne Politik heißt das:

3.1.1 Rückhalteraum als Chance für Mensch und Natur

Wir GRÜNE stehen zu Rheinstettens Verantwortung im Hochwasserschutz. Den geplanten Rückhalteraum Bellenkopf-Rappenwört sehen wir als große Chance, Fehler der Vergangenheit zumindest teilweise wieder zu beheben. Durch die Rückgewinnung von Auenlandschaft als Überschwemmungsfläche kann ein kleines Stück eines verlorenen Naturparadieses am Rhein von Bedeutung für ganz Europa wiedergewonnen werden. Auch wenn es uns gemeinsam mit den Naturschutzverbänden nicht gelungen ist, die Dammrückverlegung als ökologisch beste Variante zu vermitteln, bietet dennoch auch die jetzt geplante Lösung noch Perspektiven für eine deutliche Aufwertung des Gebiets, das auch zukünftig für die Naherholung erhalten bleibt. Wie fast überall wo neue Polder am Rhein geplant wurden, haben auch in Rheinstetten betroffene Anwohnerinnen und Anwohner nachvollziehbare Befürchtungen vor nassen Kellern und Schäden an Gebäuden. Hier haben die planenden Behörden bisher nicht ausreichend verstanden, auf die Menschen zuzugehen und ihnen ihre Ängste zu nehmen. Es bestehen ernst zu nehmende Konflikte und diese müssen einvernehmlich gelöst werden. Wir hoffen dennoch, dass sich letztlich die Interessen von Hochwasser- und Naturschutz mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger weitest möglich vereinen lassen.

3.1.2 Naturvielfalt in Rheinstetten bewahren

Rheinstetten hat während der letzten Jahre im Naturschutz vieles geleistet, worauf wir stolz sein können. Jetzt gilt es, das Erreichte zu bewahren und auszubauen. Dies gilt insbesondere für die beispielhafte Vernetzung von äußeren und innerörtlichen Biotopen, die gepflegt, erweitert und finanziell abgesichert werden muss. Ziel dieses Verbundes ist es, einen durchgängigen Lebensraum für freilebende Tiere zu erhalten. Er trägt auch wesentlich zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Wir stehen zu den Naturdenkmälern, Naturschutzgebieten und europäischen Schutzgebieten auf Rheinstettener Gemarkung. Auch Biotope wie Feuchtgebiete der Rheinniederung, Sandgebiete der Hardt und naturnahe Wälder der Niederung und auf der Hardt, die nicht den Status eines Schutzgebiets erlangt haben, gehören zum unverzichtbaren Naturerbe Rheinstettens. Wir halten es für unerlässlich, dass die Bedeutung dieser Schutzgebiete und Biotope viel stärker in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gebracht wird. Nur dann wird eine weitere ökologische Aufwertung der Landschaften möglich sein, in denen Rheinstetten liegt. In der Öffentlichkeitsarbeit haben die Naturschutzbehörden eine nicht zu leugnende Bringschuld. Auch wir wollen wis-

sen, was der Beitrag Rheinstettens zum Weltnaturerbe, insbesondere zu den bedrohten Tier-, Pflanzen- und Pilzarten ist. Wir freuen uns, dass der Gemeinderat 2010 die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ verabschiedet hat und hoffen, dass dieser Vorsatz weiter positiv in die Tat umgesetzt wird. So muss auch der neue Generalwildwegeplan bei der Landschaftsplanung berücksichtigt werden. Die ökologisch wertvollen Streuobstwiesen wollen wir in Zusammenarbeit mit der Stadt und den Eigentümern erhalten und pflegen. Die Ackerrandstreifen als Kleinstlebensraum mit ihrer großen Artenvielfalt möchten wir gemeinsam mit den Landwirten erweitern, indem wir, insbesondere im Hochgestade, neue Randstreifen schaffen. Der Artenschutz ist und bleibt uns ein wichtiges Anliegen, denn in unserer unmittelbaren Umgebung leben stark bedrohte Tier- und Pflanzenarten (z.B. Wildkatzen und hoffentlich auch noch die Haubenlerche). Die von uns seit langem geforderte Dorfbachsanie rung in Forchheim wurde begonnen und soll weiter umgesetzt werden, was wir als Erfolg werten. Eine weitere Vergrößerung der Epplesee-Fläche kommt für uns nicht in Frage.

Wir begrüßen den vom Land Baden-Württemberg unter Mitwirkung der Jäger, aber auch der Naturschutzverbände angestrebte Reform des Landesjagdgesetzes und erhoffen uns daraus auch für Rheinstetten positive Impulse, z. B. durch die Einschränkung der Wildfütterung und das neue Wildtiermanagement.

Aufgrund des enormen Flächenverbrauchs während der letzten Jahre kommt den innerstädtischen Grünanlagen eine immer höhere ökologische Bedeutung zu. Deren Pflege, Ausbau und Aufwertung für Bürgerinnen und Bürger jeden Alters werden wir ebenso gerne unterstützen wie die Förderung von Schulgärten. Wir setzen uns für den Erhalt und die umweltverträgliche Weiterentwicklung unserer Naherholungsgebiete ein, um unsere Stadt langfristig lebenswert zu erhalten. Die Asphaltierung von Feldwegen für den Radtourismus lehnen wir ab.

3.1.3 Landwirtschaft in Rheinstetten

Rheinstetten hat während der letzten Jahre durch die fortgesetzte Umwandlung in Gewerbe- und Wohngebiete auch Teile seiner landwirtschaftlichen Flächen verloren. Gleichzeitig ist aber auch massiver Grünlandumbruch (Umwandlung von Wiesen in Ackerfläche) durch die Landwirte zu beobachten. Dies sehen wir mit großer Sorge, da hier wertvolle Kulturlandschaft zu Mais-Monokulturen umgewandelt wird, mit gravierenden Folgen für das Ökosystem und letztendlich auch für die Landwirtschaft, da die zur Bestäubung der Nutzpflanzen notwendigen Insekten nicht mehr genügend Nahrung finden und die notwendige Artenvielfalt drastisch abnimmt. Wir möchten hier auf die Landwirte einwirken, diese Entwicklung zu stoppen und rückgängig zu machen, damit Landwirtschaft wirklich als Pfleger der Kulturlandschaft wahrgenommen werden kann. Die Stadt als Verpächter von landwirtschaftlichen Flächen fordern wir auf, zu prüfen, ob einzelne Flächen nicht aus der Nutzung genommen werden können um die Biodiversität auf unserer Gemarkung zu stärken und wieder zu erweitern. Auch für den Rückhalteraum Bellenkopf-Rappenwört wird die Gemeinde landwirtschaftliche Nutzflächen opfern müssen. Obwohl auch höher gelegene Flächen im Rückhalteraum weiter extensiv landwirtschaftlich genutzt werden können, verstehen wir die Sorgen der Bauern im Zusammenhang mit dem Polder und fordern einen fairen Ausgleich. Gleichzeitig fordern wir aber auch einen verantwortungsvollen Umgang mit den bereitgestellten Flächen und keine Erweiterung der Flächen durch Grünlandumbruch.

Angesichts der knapper werdenden landwirtschaftlichen Flächen wird der schonende Umgang mit den Restflächen umso wichtiger. Eine nachhaltige Belastung der Böden muss verhindert werden. Auch die zunehmenden Monokulturen auf unseren Feldern sind Anlass zu Sorge. Wir wollen zurück zum Fruchtfolgewechsel, um die Biodiversität in der Landwirtschaft zu erhöhen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass zumindest auf den von der Gemeinde verpachteten Flächen zukünftig kein alleiniger Maisanbau mehr stattfindet. Wir appellieren an die lokalen Landwirte, stärker Bio-landbau zu betreiben und sich stärker in der Vermarktung ihrer Bioprodukte zu engagieren. Hier hoffen wir zur Unterstützung auch auf verbesserte Rahmenbedingungen durch das Land und die EU.

Wir freuen uns, dass Rheinstetten aufgrund unserer Initiative Mitglied des Aktionsbündnisses „Gentechnikfreie Region Mittlerer Oberrhein“ ist. Die Hürden für Gentechnik drohen durch das transatlantische Freihandelsabkommen und die EU weiter gesenkt zu werden. Wir treten dafür ein, dass auch künftig keine gentechnisch veränderten Pflanzen in Rheinstetten angebaut werden. Überregional werden wir uns dafür einsetzen, dass auch in Zukunft eine Versorgung der landwirtschaftlichen Betriebe mit gentechnikfreien Futtermitteln gewährleistet wird.

3.1.4 Tierschutz

Das Verständnis für einen fairen Umgang mit Tieren entsteht vor allem in der unmittelbaren Umgebung der Menschen. Wir setzen uns auch für die artgerechte Haltung von Haustieren ein. Die Stadt Rheinstetten unterhält kein eigenes Tierheim. Diese Aufgaben übernehmen die Tierheime in Karlsruhe-Daxlanden und Ettlingen. Wir setzen uns für faire Verträge mit diesen Tierheimen ein, die auch unsere Fundtiere beherbergen und fordern die Aufnahme von Tierschutzaspekten in Pachtverträgen mit Zirkusunternehmen und Schaustellern. Aus einem kommunalen Tierschutz-Notfallfonds können zum Beispiel unbürokratisch Tierarztkosten bezahlt werden, wenn Menschen in prekären Lebenssituationen nicht mehr für die tiermedizinische Versorgung ihrer Tiere aufkommen können. Wir setzen uns dafür ein, die Hundesteuer für den Tierschutz zu verwenden.

3.2 Energie

Klimaschutz beginnt vor Ort. Auch die Kommunen müssen ihren Beitrag leisten und ihren Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen deutlich verringern. Wir GRÜNE in Rheinstetten setzen auf Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung. Rheinstetten soll dabei sämtliche Gestaltungs- und Umsetzungsinstrumente nutzen, die einer Kommune zur Verfügung stehen. Im Flächennutzungsplan, in Bebauungsplänen und Bausatzungen sollen Kriterien für eine regenerative Energieversorgung festgelegt werden und auf diese Weise private Investitionen in die Erneuerbaren gefördert werden.

Wir stehen dafür, dass sich Rheinstetten weit über die gesetzlichen Vorgaben hinaus für den Klimaschutz von Gebäuden engagiert. Stadteigene Gebäude müssen auf echten Ökostrom umgestellt und vorbildlich energetisch saniert werden. Die Passivhausbauweise des Kindergartens Sterntaler und das Blockheizkraftwerk im Forchheimer Hallenbad dürfen keine Einzelmaßnahmen bleiben. Wohn- und Gewerbegebiete sollen nach und nach über regenerative Energien oder über Blockheizkraftwerke mit Nahwärmesystemen versorgt werden.

Die neugegründete Netzeigentumsgesellschaft wollen wir so entwickeln, dass sie den optimalen Rahmen für eine dezentrale Energieerzeugung bietet. Wir sehen es als mittelfristiges Ziel, dass in Rheinstetten erzeugter Strom auch hier vermarktet, also an die Bürger von Rheinstetten verkauft wird.

Insbesondere für die Sanierung von Bestandsgebäuden wollen wir wirksame Anreize schaffen. Schließlich ist ein großer Teil der Rheinstettener Gebäude älter als dreißig Jahre. Aufklärung in Energiefragen ist nach wie vor dringend erforderlich. Die erfolgreiche Kooperation mit der Energieagentur Karlsruhe wollen wir fortsetzen. Besonders sinnvoll sind auch Projekte mit Kindern und Jugendlichen, die den Wert unserer energetische Ressourcen begreifbar machen.

Eine weiteres Ziel sollte es sein, die Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft zu fördern. Für die Koordination eines Rheinstettener Gesamtenergiekonzeptes und entsprechender Aktivitäten aus der Bürgerschaft soll die Stelle einer Energiemanagerin / eines Energiemanagers eingerichtet werden.

Das Land Baden-Württemberg hat das Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes am 17.07.2013 beschlossen. Der CO₂-Ausstoß soll bis 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent sinken. Das geht nur mit den Bürgern und Bürgerinnen sowie den Kommunen vor Ort, hier sind wir alle gefragt!

3.3 Abfall

Vermeidung von Abfall ist besser als jedes Müllkonzept! Wir GRÜNE sind der Ansicht, dass die Aufklärung über richtige Mülltrennung und Abfallvermeidung schon im Kindesalter anfangen sollte. Denn der beste Abfall ist der, der gar nicht erst entsteht. Vorstellbar sind Projektstage und kindgerechte Infobroschüren.

Der Wertstoffhof Rheinstetten hat seit seiner Einführung an großer Beliebtheit gewonnen, was die zahlreichen Privatanlieferungen zu den Hauptschnittzeiten zeigen. Leider ist gleichzeitig auch eine starke Zunahme des Verkehrsaufkommens zum Wertstoffhof zu beobachten. Der Weg dorthin führt mitten durch das Landschaftsschutzgebiet „Rheinniederung zwischen Insel Aubügel und Neuburgweier“. Wir GRÜNE lehnen daher einen weiteren Ausbau der Zufahrtsstraße - auch im Zusammenhang mit dem geplanten Polder - ab. Um dem entgegenzutreten werden wir uns für die Wiedereinführung eines Abholservice einsetzen. Mit diesem Service wenden wir uns auch an die Bürgerinnen und Bürger, die nicht über ein geeignetes Transportmittel verfügen, um den Wertstoffhof aufsuchen zu können.

Die bestehenden Regenüberlaufbecken müssen ertüchtigt werden, da derzeit schon bei mittleren Regenereignissen ein schmutziger Überlauf in den Dorfbach entsteht.

Eine Errichtung eines Biomassekraftwerks auf Rheinstettener Gemarkung betrachten wir mit großer Skepsis. Sollte die angedachte Biogasanlage nur durch den massiven Anbau von Energiepflanzen, insbesondere Mais, wirtschaftlich zu betreiben sein und noch weniger Fruchtfolgewechsel mit sich bringen, können wir einem solchen Projekt nicht zustimmen.

Gemeinsam mit den GRÜNEN im Landkreis werden wir uns zu Gunsten von Umweltverträglichkeit und Bürgerfreundlichkeit bei der Abfallentsorgung einsetzen.

3.4 Erfolgreiches Rheinstetten

Erfolgreiche Kommunen sind ein wichtiges Ziel Grüner Kommunalpolitik. Wir stehen für gemeindeübergreifende Wirtschaftsförderung, die regionale Potenziale ausschöpft. Gemeinwohlorientierte Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie die Wasserversorgung müssen weiter in kommunaler Hand bleiben. Die Gemeinde muss als Arbeitgeber Geschlechtergerechtigkeit und Integration vorleben.

3.4.1 Wirtschaft fördern, Region stärken, Flächen schonen

Wirtschaftsförderung beschränkt sich auch in Rheinstetten bislang überwiegend auf die Bereitstellung billiger Gewerbeflächen. Wir GRÜNE fordern eine völlige Neuorientierung in der Wirtschaftsförderung. Sie darf nicht länger an der Gemeindegrenze halt machen. Sie muss viel stärker als bisher gemeindeübergreifend und regional handeln. Wir wollen den ruinösen Wettbewerb um billige Gewerbeflächen beenden.

Die geplante Ausweisung von drei großen neuen Gewerbeflächen in der Bauleitplanung lehnen wir ab. Bei der Besiedlung der bereits ausgewiesenen Flächen fordern wir die enge Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden und der Region. Die Entscheidung über den Ansiedlungswunsch von Unternehmen darf nur noch anhand eines Kriterienkatalogs erfolgen, der z. B. das Verhältnis zwischen Fläche und Arbeitsplätzen, die Umweltbelastung, die Qualität der Arbeitsplätze und die Vor- und Nachteile für Rheinstetten und die Region beleuchtet. Viele Ansiedlungen der vergangenen Jahre würden keine dieser Kriterien erfüllen. Daher sollen besonders ökologisch oder sozial vorbildliche Unternehmen zukünftig auf der städtischen Homepage hervorgehoben oder anderweitig honoriert werden.

Die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bei schlechter Bezahlung unter Umgehung der sozialen Sicherungssysteme darf in Rheinstetten keinen Platz haben. Die aus der Berichterstattung bekannten Zustände in der EDEKA Fleischfabrik werden wir aktiv weiter thematisieren.

3.4.2 Die Gemeinde Rheinstetten als Kundin: Gentechnikfrei, ökologisch, fair, regional

Jede Gemeinde ist Großkundin und muss bei der Beschaffung mit gutem Beispiel voran gehen: Umweltfreundliche, faire und ökologische Produkte sowie Waren aus der Region haben Vorrang; der Verzicht auf Produkte, die durch Kinderarbeit hergestellt werden, sollte selbstverständlich sein. Das Vergaberecht bietet genügend Möglichkeiten, Aufträge unter Beachtung ökologischer und sozialer Kriterien aususchreiben. Wichtige Impulse dazu kommen dankenswerterweise immer wieder aus dem Arbeitskreis Eine Welt der Lokalen Agenda. Unsere Anfrage ergab, dass weder die Verwaltung noch unsere Schulen Recyclingpapier verwenden. Dies muss sich ändern – Beispiele anderer Kommunen zeigen gute Wege auf, wie Recycling-Papier auch den hohen Anforderungen nachhaltiger Archivierung entsprechen kann.

3.4.3 Kommunale Finanzen – die Schuldenbremse im Blick

Ab 2020 gilt die Schuldenbremse. Für die Kommunen wächst damit die Bedeutung einer Finanzpolitik, die Prioritäten setzt und keine finanziellen Belastungen in die Zukunft verschiebt.

Rheinstetten kann vergleichsweise solide Finanzdaten vorweisen. Dennoch sieht sich die Gemeinde mit einem Investitionsstau konfrontiert, der in den nächsten Jahren gewaltige finanzielle Mittel erfordern wird. Die Neugestaltung des Schulzentrums ist sicher die größte finanzielle Herausforderung in der Geschichte Rheinstettens seit seiner Gründung 1975. Doch auch andere Gemeindegebäude, wie z. B. die Ufgauhalle, befinden sich in stark sanierungsbedürftigem Zustand. Vor diesem Hintergrund fordern wir entsprechende Vorsicht bei neuen Projekten. Bei Baumaßnahmen müssen mehr als bisher die Folgekosten konsequent berücksichtigt werden. Mit Blick auf die sich verändernde Bevölkerungsstruktur ist es wichtig, dass Gebäude nicht nur dem heutigen Zweck dienen, sondern auch umgewidmet werden können. Kommunale Kooperation zur gemeinsamen Nutzung von Infrastruktur wird in Zukunft immer wichtiger werden.

Mit Sorge betrachten wir die während der letzten Jahre stark gewachsenen Ausgaben im Verwaltungshaushalt. Diese resultieren zu einem Teil auf von uns mitgetragenen Personalausgaben für verbesserte Kinderbetreuungsstrukturen. Aber auch die aus unserer Sicht unsinnige Erhebung zur Großen Kreisstadt war mit teuren Zusatzaufgaben verbunden. Hier muss die bereits begonnene Aufgabenanalyse- und -kritik fortgesetzt werden. Die Rückdelegation von Aufgaben an den Landkreis darf sich nicht auf die Kontrolle des Waffenrechts beschränken.

Kinderbetreuung, Ganztageschulen, Teilhabe von Menschen mit Behinderung, sozialer Wohnungsbau, ein guter öffentlicher Personennahverkehr sind Beispiele für Zukunftsaufgaben, die die Kommunen nicht alleine stemmen können. Deshalb müssen die öffentlichen Aufgaben und die zur Verfügung stehenden Finanzen immer wieder neu zwischen Bund, Land und Kommunen austariert werden. Die von uns GRÜNEN geführte Landesregierung hat hier mit der Aufstockung der Mittel für die Kleinkindbetreuung um 350 Millionen Euro erste Zeichen gesetzt.

4 Grüner Verkehr

Grüne Mobilität orientiert sich in seiner Zielsetzung vor allem an den Zielen des Klimaschutzes, denn in Baden-Württemberg verursachen PKW und LKW immer noch ein Drittel des CO₂-Ausstoßes. Wir GRÜNE setzen uns daher für ein gut ausgebautes Radwegenetz und für attraktiven, barrierefreien und flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr ein, der verschiedene Verkehrsformen intelligent miteinander verknüpft. Es ist uns ein Anliegen, Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen, dass es sich aus den verschiedensten Gründen lohnt, den öffentlichen Personalverkehr und das Fahrrad zu nutzen

Die Buslinie 106 soll zu Stoßzeiten wieder die Haltestelle Hauptstraße mit anfahren, statt Forchheim „rechts“ oder „links“ liegen zu lassen. Auch die Verbindung nach Neuburgweier muss bedarfsgerecht und gut vernetzt sein. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die Anbindung für Schülerinnen und Schüler vom Silber-

streifen zu unserem Schulzentrum mindestens ebenso gut getaktet ist, wie die zu den weiterführenden Schulen nach Ettlingen. Öffentlicher Nahverkehr und der Umstieg aufs Fahrrad sollen in Rheinstetten attraktiv gestaltet und gefördert werden. Wo nötig müssen deshalb ausreichend Fahrradständer an Haltestellen zur Verfügung gestellt werden.

Wir begrüßen den derzeit laufenden Prozess zur Entwicklung des Rheinstettener Radwegekonzepts. Dabei bleiben wir bei unserer Forderung zur Einführung mindestens einer Fahrradstraße in Rheinstetten. Speziell die stark als Schulweg frequentierte Bergstraße wäre dafür geeignet. Aber auch in Forchheim muss über die Einführung einer Vorrangstraße für den Radverkehr nachgedacht werden. Hier besteht insbesondere in der Karlsruher Straße eine für radelnde und zu Fuß gehende Menschen inakzeptable Situation. Auch an den Ortseingängen von Neuburgweier und Forchheim besteht dringender Handlungsbedarf.

CarSharing gewährleistet Mobilität zu günstigen Preisen und ist eine sinnvolle Ergänzung zu öffentlichem Nahverkehr. Die Autos an den drei Stadtmobil Standorten in Mörsch und Forchheim werden gut nachgefragt. Nun ist zu prüfen, ob weitere Standorte in Neuburgweier oder im Silberstreifen in Betracht kommen.

Zu viel Lärm macht krank und senkt die Lebensqualität. Das Gleiche gilt für zu viel Feinstaub und Abgase. Dort, wo Menschen starkem Verkehrslärm oder einer hohen Feinstaub- und Abgasbelastung ausgesetzt sind, muss die Gemeinde aktiv werden und den Straßenverkehr verlangsamen und verringern. Wir GRÜNE machen uns deshalb für mehr Tempo 30 Zonen, Spielstraßen und verkehrsberuhigte Zonen stark. Entsprechende Initiativen der Anwohner begrüßen wir.

Grenzwertig ist die Verkehrsbelastung am Eppelsee während der Sommermonate. Dem Wildparken am See und in Forchheim muss Einhalt geboten werden.

5 Lebenswertes Rheinstetten

5.1 Für die Menschen planen

Stadtplanung muss sich am Menschen orientieren: Sie muss versuchen, die unterschiedliche Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen in Einklang zu bringen. Innerörtliche Grünzonen sind unverzichtbar für ein gutes und gesundes Stadtklima. Attraktive Plätze und Wege machen Stadt- und Ortsteile lebendig. Möglichkeiten der Begegnung für Alte und Junge, für Menschen mit und ohne deutschen Pass, mit und ohne Behinderungen sind die Voraussetzung dafür, dass sich alle in Rheinstetten wohl fühlen.

5.2 Funktionierende Nahversorgung

Für die Planung im Dienstleistungs- und Einzelhandelsbereich gilt für uns GRÜNE das Prinzip der kurzen Wege – beim Supermarkt oder der Arztpraxis ebenso wie bei Läden oder Freizeitangeboten. Wir begleiten deshalb die Planungen für die neue Mitte sehr kritisch. Rheinstetten braucht fußläufig erreichbaren Lebensmitteleinzelhandel und ein breites Angebot an regionalen und biologischen Produkten – auch in den

alten Ortskernen. Die Ansiedlung eines zu großen Verbrauchermarktes in der neuen Mitte gefährdet nicht nur bestehende kleinere Märkte und Neuentwicklungen in anderen Ortsteilen, sie birgt auch die Gefahr einer zusätzlichen Verkehrsbelastung für den Süden Forchheims und den nördlichen Teil von Mörsch. Wir fordern deshalb den Verzicht auf großflächigen Einzelhandel und die Rückbesinnung auf die alte Obergrenze von 800 m² Verkaufsfläche – auch und gerade für die neue Mitte!

Die Umsiedlung des REWE-Marktes in Forchheim Nord in Verbindung mit der zweifelhaften Ansiedlung des „Messehotels“ halten wir für einen Fehler und eine verpasste Chance, in besser geeigneter Lage einen kleineren Supermarkt für Forchheim Nord zu etablieren. Zudem besteht die Gefahr, dass sich die regelmäßig durch Besucherinnen und Besucher der Messen hervorgerufene chaotische Parkplatzsituation im dortigen Mischgebiet nochmals verschlechtert. Hier sind Lösungen gefragt.

5.3 Lebensfreundliche Quartiere

Kurze Beine – kurze Wege. Rheinstetten trägt diesem Motto mit 22 Spielplätzen Rechnung. Die in jüngster Zeit attraktiver gestalteten Erlebnisspielplätze mit viel Grün begrüßen wir ausdrücklich. Die kleinen Spielplätze haben unseres Erachtens insbesondere für Kleinkinder und als Begegnungsraum für Rheinstetten eine wichtige Funktion. Angesichts rückläufiger Kinderzahlen ist jedoch zu prüfen, ob einzelne wenig genutzte Spielplätze zu einem Park bzw. Erholungsraum oder Treffpunkt mit Mehrgenerationenangeboten überführt werden können.

Trotz der in den letzten zwanzig Jahren erfolgten, massiven innerörtlichen Verdichtung wurden parallel auch in den Außenbereichen mehrere neue Wohngebiete erschlossen. Dabei wurden die mittel- und langfristigen Folgen dieser neuen Gebiete nicht bedacht. Vor jeder neuen Bebauung im Wohn- und Gewerbebereich muss zukünftig eine umfassende Berechnung der langfristigen finanziellen Folgen für die Gemeinde stehen. Dabei sind nicht nur die direkten Kosten für die Erschließung und den Unterhalt der erforderlichen technischen Infrastruktur, sondern auch die Kosten für die erforderliche soziale Infrastruktur darzustellen (z. B. für Spielplätze, Kindergartenplätze etc.). Wir fordern diese Politik des ziellosen Wachstums um jeden Preis zu beenden. Die bestehenden Bebauungspläne für die alten Ortskerne dürfen nicht weiter aufgeweicht werden. Frischluftschneisen und Grünzonen müssen erhalten und wo möglich neu geschaffen werden. Wir Grünen stehen dabei zum Prinzip der Generationengerechtigkeit – heute für morgen mitdenken.

5.4 Junges Rheinstetten

Kinder und Jugendliche sollen sich in Rheinstetten willkommen fühlen. Das Kinder Jugend & Familien Büro bietet ein attraktives Angebot, das nicht nur mit seinem Familientag, Krokomobil und Kindertheater auf breites Interesse stößt. Das Jugendhaus Joze mit Streetsocceranlage und Volleyballfeld ist zweifelsohne ein unterstützenswerter Anlaufpunkt für Jugendliche verschiedener Altersgruppen und Herkunft. Auch das mit der mobilen Jugendarbeit umgesetzte Langzeitprojekt Graffiti, die Konzerte, Bandproben, Koch- oder Bastelaktionen begrüßen wir – und freuen uns bereits auf weitere entsprechend gestaltete Graffiti-Wände. Rheinstettens Stadtranderholung und Kinderferienprogramm helfen in beeindruckender Weise, auch in den Sommerferien Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Das Engagement vieler Ehrenamtlicher hat letzten Sommer ein Ferienprogramm mit fast 100 sehr gut ge-

buchten Veranstaltungen ermöglicht. Diese und ähnliche Angebote wollen wir GRÜNE erhalten und ausbauen. Wir freuen uns auch über die engagierte Jugendarbeit vieler Rheinstettener Vereine, die sich vielfältig in die Kinder- und Jugendarbeit einsetzen und wollen dies auch in Zukunft unterstützen.

Jugendliche brauchen jenseits von Schule, Arbeitswelt und organisierter Jugendarbeit Treffpunkte, in denen sie Gemeinschaft erleben, sich frei entfalten und weiter entwickeln können. Unterstützt durch die gute mobile Jugendarbeit in unserer Gemeinde lassen sich sicher gemeinsam mit den Jugendlichen geeignete Orte sondieren. Wir hoffen auf baldige Umsetzung des vom Jugendgemeinderat gewünschten Grillplatzes. Auch gilt es, das Verständnis der Bürgerschaft für die heutigen Probleme Jugendlicher weiter zu fördern.

Durch das von der grün-roten Landtagsmehrheit neu geschaffene Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren erhalten Jugendliche mehr Mitwirkungsrechte. Der Jugendgemeinderat ist ein wichtiges Gremium, durch das Rheinstettener Jugendliche sich am kommunalen Leben beteiligen und ihre Sichtweise in die Politik einbringen können. Wir wollen, dass ihre Anliegen und Projekte ernst genommen werden und die Mitspracherechte des Jugendgemeinderats weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus sollen Kinder und Jugendliche auch über weitere offene Beteiligungsformate in den Kommunen Gehör finden.

5.5 Seniorenarbeit stärken

Der demographische Wandel stellt neue Anforderungen an die kommunale Sozialpolitik, z.B. im Wohnbereich, in der Versorgungssituation und in der kommunalen Infrastruktur, die wir GRÜNE gemeinsam mit dem Seniorenrat und weiteren in der Seniorenarbeit Aktiven gestalten möchten. Neue Formen von Mehrgenerationen-Wohnformen begrüßen wir ausdrücklich, denn viele Menschen erfahren gerade im Alter große Einsamkeit. Wir treten dafür ein, dass schon bei der Planung neuer Baugebiete Bauweisen berücksichtigt werden, die ein selbstverwaltetes, seniorengerechtes Wohnen ermöglichen. Wir wollen die Arbeit der Seniorenbeauftragten entsprechend den ansteigenden Aufgaben stärker sachgerecht ausstatten, um Vernetzungs-, Beratungs- und Informationsangebote auch in den Stadtteilen zu verbessern. Auch die Gestaltung des Wohnumfeldes sollte auf die Bedürfnisse der älteren Generation abgestimmt werden. Stadtteilnahe Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsbetriebe vor Ort sowie verkehrsberuhigte Zonen erleichtern gerade älteren Menschen, sich in der Stadt zu Fuß zu bewegen. Auch für von Demenz bedrohte Menschen müssen adäquate Lösungen gefunden werden. Den Bürgerinnen und Bürgern, die sich in der Begleitung demenzkranker oder sterbenskranker Menschen engagieren, zollen wir hohe Anerkennung.

5.6 Kulturelle Vielfalt für Rheinstetten

Kunst und Kultur lassen uns die Welt mit anderen Augen sehen und neu denken. Oft sind sie Impulsgeber für Veränderung und für die Weiterentwicklung unseres Wertesystems. Wir GRÜNE bekennen uns daher klar zur Kulturförderung als Pflichtaufgabe der Kommunen. Öffentliche Mittel für Kunst und Kultur sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit von Städten und Gemeinden.

Karlsruhe bietet als Oberzentrum auch für sein Umland ein qualitativ und quantitativ sehr hochwertiges kulturelles Veranstaltungsprogramm. Rheinstetten kann sich in seinen kulturellen Aktivitäten daher auf die Bereiche konzentrieren, die das vorhandene regionale Angebot sinnvoll ergänzen. Initiativen und Vereine wie KIR, haben hier bislang großartige Arbeit geleistet. Aktivitäten der Schultheater, zahlreiche Chöre oder der Kunsthandwerkermarkt bereichern darüber hinaus das kulturelle Leben in Rheinstetten. Ob Rheinstetten ein neues und teures Kulturzentrum in der neuen Mitte benötigt, stellen wir in Frage. Wir bevorzugen die Pflege und die Aufwertung der bestehenden Veranstaltungsräume in den Ortsteilen. Dabei geht es uns auch um den Erhalt des kulturellen Erbes. Wir möchten wichtige Gebäude in Gemeindebesitz behalten und einer sinnvollen Nutzung zuführen. Die Diskussion um die Umwandlung des alten Mörscher Feuerwehrhaus in ein Künstlerhaus begrüßen wir.

Wir regen an, die interkommunale Kulturarbeit mit Karlsruhe auszubauen und die vielfältigen Möglichkeiten von Kooperationen der verschiedenen Anbieter, von Laienkultur und professionellen Kulturanbietern und Kunstschaffenden gezielt zu fördern. Da Kreativität und Wissen entscheidende Faktoren für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft sind, wollen wir, dass möglichst viele Menschen an Kunst und Kultur teilhaben können. Unter Teilhabe verstehen wir nicht nur Teil eines Publikums zu sein, immer wichtiger wird auch die aktive Teilhabe. So können Kultur- und Bildungseinrichtungen über Programme und Projekte kultureller Bildung Kindern und Jugendlichen wichtige Erfahrungen und Erlebnisse vermitteln und ihnen einen Zugang zu den Künsten verschaffen. Wir unterstützen das bürgerschaftliche Engagement in der Kultur und setzen uns dafür ein, dass hierfür ausreichende Räume und Darstellungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Kultur der Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kamen und kommen, erweitert und bereichert das örtliche Kulturangebot. Interkulturelle Angebote leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund, sondern entwickeln Kultur in innovativer Weise weiter. Dazu gehört auch, die Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern mit Migrationshintergrund anzuerkennen, zu unterstützen und angemessen zu präsentieren.

5.7 Vereine fördern

Vereine sehen wir GRÜNE als wichtigen Bestandteil des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens, die viel zum Wir-Gefühl in unserer Stadt beitragen. Strukturen und Bedürfnisse sind im Wandel. Welche Angebote und sozialen Strukturen ergänzend zur Arbeit der Vereine in Rheinstetten gebraucht werden, soll mit Hilfe einer von uns geplanten repräsentativen Befragung der Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden. Dabei sollen insbesondere die spezifischen Bedürfnisse verschiedener Generationen Berücksichtigung finden.

6 Soziales Rheinstetten

6.1 Dezentrale bedarfsgerechte Unterstützung

Ob bei Krankheit, Behinderung, in Lebenskrisen, in finanziellen Notlagen oder im Alter: Soziale Unterstützung muss so dezentral wie möglich angeboten werden. Und

sie muss so weit wie möglich zusammen mit den Betroffenen entwickelt werden. Es gilt, Angebote zu schaffen, bei denen jede und jeder Einzelne möglichst individuelle Beratung und Hilfen erhält. Viele gemeinnützige Organisationen sind im sozialen Bereich tätig. Sie übernehmen wichtige gesellschaftliche Aufgaben und sind auf eine verlässliche kommunale Förderung angewiesen. Tragfähige soziale Netze kommen nicht ohne Beteiligung und Einbindung freiwillig engagierter Menschen aus, die in Initiativen, Selbsthilfegruppen, Vereinen und Projekten wertvolle Arbeit leisten. Die Stadt Rheinstetten muss dieses bürgerschaftliche Engagement in seiner Vielfalt gezielt fördern und würdigen.

6.2 Engagement für Menschen in sozialen Notlagen

Die Zahl derer, die mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens leben, ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Deutlich zugenommen haben auch die Altersarmut und die Zahl der armen Kinder. Die Ursachen müssen auf Bundesebene angegangen werden. Doch gerade im kommunalen Bereich sollten Menschen in sozialen Notlagen unbürokratisch, effektiv und nachhaltig Hilfe und Unterstützung erhalten. Wir GRÜNE begrüßen die Ausweitung des Geltungsbereichs des Karlsruher Kinderpasses auf die Stadt Rheinstetten.

6.3 Gemeinsam Leben - mit und ohne Behinderung

Menschen mit Behinderungen sollen ein möglichst selbstbestimmtes Leben mitten in der Gesellschaft führen können. Die Rechte, die sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention ableiten, wollen wir umsetzen. Dazu brauchen die Kommunen das längst überfällige Bundesteilhabegesetz.

Durch gezielte Qualifikation und durch Kooperationen mit der örtlichen Wirtschaft müssen betroffenen Menschen mehr und mehr auch Zugänge zum allgemeinen Arbeitsmarkt eröffnet werden. Wenn Familien und Kinder dies wünschen, müssen Kinder mit Behinderungen die Möglichkeit haben, in einen allgemeinen Kindergarten und in die allgemeine Schule zu gehen, mit der dafür notwendigen Assistenz. Dieses Recht wollen wir schrittweise umsetzen.

Barrieren im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden müssen abgebaut werden. Um die Teilhabe aller Interessierten an Ratssitzungen und an Fraktionssitzungen zu ermöglichen, ist zu prüfen, ob und mit welchem Aufwand ein barrierefreier Zugang durch einen Aufzug an die Alte Schule gewährleistet werden kann. Auch ist ein barrierefreies WC mit einzuplanen. Dringender Handlungsbedarf besteht auch in der Stadtbibliothek oder beim Spazierweg am Rheinufer.

6.4 Gute gesundheitliche und medizinische Versorgung

Der Gesundheitsaspekt muss bei allen Entscheidungen und Planungen ebenso wie die Umweltverträglichkeit grundsätzlich mitbedacht werden. Unser Ziel ist eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige gesundheitliche und medizinische Versorgung. Mithilfe von regionalen Gesundheitskonferenzen wollen wir eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung, Pflegediensten, Heilberufen und den Verantwortungsträgern vor Ort erreichen. Von Demenz betroffene Menschen sind auf ein soziales Umfeld angewiesen, das sie auffängt und

eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Geeignete Projekte und Aktivitäten hierzu, wie z.B. im Rösselsbrünnele, begrüßen wir.

7 Bildung und Betreuung

Wir GRÜNE wollen allen Kindern gute Entwicklungschancen bieten. Dafür sind gute und bedarfsgerechte Betreuungs- und Bildungsangebote eine wichtige Voraussetzung. Wir treten ein für eine hohe pädagogische Qualität in Schulen, Krippen, Kindergärten, Kindertagesstätten und der Tagespflege. Kindertageseinrichtungen brauchen eine gute Ausstattung mit Fachkräften und gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Besonders die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder entwickeln sich dadurch nachweislich besser, was nicht nur Kindern mit Migrationshintergrund zugutekommt. Wir Grüne stehen zum Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“, aber auch interkommunale Lösungen im Rahmen regionaler Schulentwicklung gehören dazu - wie etwa Berufsschulangebote in Ettligen. Daher sind in punkto SchülerInnenbeförderung nicht nur kindgerechte Schulradwegkonzepte zu entwickeln, sondern ist auch der öffentliche Nahverkehr angemessen zu gestalten. Wichtige Anforderungen an die „Schulen der Zukunft“ sind für uns GRÜNE längeres gemeinsames Lernen und die individuelle Förderung jedes Kindes.

Bündnis 90/Die Grünen treten für Ganztageschulen ein. Diese ermöglichen eine Aufgabe des traditionellen 45-Minuten-Unterrichtstaktes zu Gunsten von Unterrichtseinheiten, die den Lernbedürfnissen angepasst sind und bei denen musisch-kreative und sportliche Angebote sinnvoll eingebunden werden. Ganztageschulen bauen Bildungsnachteile ab und tragen zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern bei. Dazu muss eine Ganztageschule mit allen notwendigen Ressourcen ausgestattet werden. Die Teilnahme an einem warmen, möglichst frisch zubereiteten Mittagessen mit Produkten aus möglichst regionalem und biologischem Anbau muss für alle Kinder und Jugendliche ermöglicht und bei Bedarf finanziell unterstützt werden - eine Ganztageschule zum Nulltarif wird es nicht geben.

Umwelterziehung und ein bewusstes Erleben der Natur prägen Kinder nachhaltig in ihrer ganzheitlichen Entwicklung. Viele Rheinstettener Schulen tragen dazu bereits mit Schulprojekten und Schulgärten bei. Diese und weitere pädagogisch wertvolle Ansätze wie etwa Anti-Aggressionstrainings, Streitschlichter- und „Schulhund“-Projekte sowie die immer wieder beeindruckenden Theater-AGs begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich.

Gemeinsames Lernen und Leben von Kindern mit und ohne Behinderung darf als Recht nicht nur auf dem Papier stehen. Inklusion ist bei entsprechender personeller Unterstützung und Ausstattung der Schule für alle eine wertvolle Bereicherung. Daher gilt es diese sukzessive nach Möglichkeit auszubauen.

Die Schulsozialarbeit hat sich als besonders wirksame Kooperation von Jugendhilfe und Schule in der Praxis bewährt. Sie soll als eigenständiges Angebot dauerhaft im Schulalltag an allen Schularten verankert sein. Die von der grün-roten Landesregierung endlich wieder eingeführte Drittelfinanzierung macht den Schulsozialausbau finanziell möglich.

7.1 Gute Schulbildung von Anfang an

Angesichts sinkender SchülerInnen-Zahlen und neuer Anforderungen ist Rheinstettens Schullandschaft im Umbruch. Daher hatten wir bereits im Oktober 2010 bei einer Grünen Veranstaltung dazu einen Runden Tisch zur Schulentwicklung gefordert mit dem Ziel, ein gemeinsames Konzept für die Schullandschaft Rheinstetten zu erarbeiten. Seitdem stand zunächst das lange vernachlässigte Schulzentrum im Fokus. Dann wurde ein Arbeitskreis Grundschulentwicklung installiert. Dieser soll mit Beteiligung von Schulleitungen, Eltern, Politik und Verwaltung einen konkreten Vorschlag entwickeln, der aufzeigt, welche qualitativen Grundschul-Anforderungen in welchen Grundschulen in Rheinstetten umgesetzt werden sollen. Die Grundidee dieses ergebnisoffenen Beteiligungsprozesses begrüßen wir GRÜNE und beteiligen uns entsprechend. Künftig wünschen wir uns für solche Arbeitskreise zusätzlich eine stärkere Einbindung von Schüler- und Lehrerschaft und deutlich mehr Transparenz. Alle getroffenen Teilentscheidungen müssen dann schleunigst in ein umfassendes Bildungs- und Betreuungskonzept überführt werden, das neben allen Ansprüchen an Schulangebote auch die erforderliche/gewünschte Betreuung vor und nach Schuleintritt durchgängig berücksichtigt. Wir GRÜNE werben für das Angebot einer Ganztagesgrundschule in Rheinstetten.

7.2 Entwicklungschancen für die Größeren

Die aktuelle Gemeinderatszeit wurde und wird stark vom Schulzentrum geprägt. Mit zunehmend beunruhigendem Faktenstand haben wir GRÜNE gemeinsam mit den Schulen bereits 2011 zunächst Sanierung, 2012 eine Generalsanierung und dann 2013 einen Neubau eingefordert. Dabei haben wir uns dafür stark gemacht, dass die Bürgerinnen und Bürger Rheinstettens über die Zukunft des Schulzentrums abstimmen können. Auch wenn die Abstimmung mangels Modell oder konkreter Planung eines Neubaus schwierig war, hat sich mit 57,3% die deutliche Mehrheit der Abstimmenden für einen Neubau entschieden. Bekanntlich wurde von der Ratsmehrheit dennoch eine Sanierung mit Anbau auf den Weg gebracht. Klar war vermutlich allen, dass der dann vereinbarte Kostendeckel von 70% der kalkulierten Neubaukosten ein Papiertiger bliebe, da im folgenden Architektenwettbewerb - trotz unserer Einwände - kein Neubau mit berücksichtigt wurde. Immerhin konnten wir uns aber mit unserer Grundüberzeugung durchsetzen, dass solch eine Generalsanierung nicht bei „laufendem Betrieb“ erfolgen kann sondern eine Komplettauslagerung erfordert. Nun blicken wir gemeinsam vorwärts. Wir begrüßen, dass die Schulen bei den jüngsten Schulzentrumsplanungen intensiv eingebunden wurden und diese auch mittragen. Wir werden dafür eintreten, dass die direkte Beteiligung aller beteiligten Gruppen in den Schulen auch bei den weiteren Planungen und Umbauschritten fortgeführt wird.

In der Schwarzwaldschule werden ab dem Schuljahr 2014/15 Schülerinnen und Schüler von Grund-, Werkreal- und Förderschule neben- und teilweise miteinander lernen. Nun sind die räumlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen, die ermöglichen, dass alle von diesem Miteinander profitieren. Die geplante Schulhof-Neugestaltung begrüßen wir explizit. Die Albert-Schweitzer-Schule birgt neben ihrer Grundschule derzeit den Schülerhort und die Krippe. Auch sie ist bei Bedarf entsprechend zu unterstützen.

Nach Verabschiedung des Grundschulentwicklungskonzepts steht an, dieses sukzessive gemeinsam umzusetzen und im Rahmen eines Gesamtkonzepts über alle

weiterführenden Schulen nachzudenken. Dabei ist sowohl die Option von Ganztageschulen im Schulzentrum als auch die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Rheinstetten zu prüfen.

Auch lebenslanges Lernen hat in Rheinstetten seinen Platz. Wichtig ist uns dabei der Erhalt generationenübergreifender Angebote wie etwa unsere Bücherei und der Erhalt der Volkshochschule.

7.3 Betreuung von Kleinen und Größeren

Schon vor 15 Jahren stand im Grünen Wahlprogramm die Forderung nach der Erweiterung von Kinderbetreuungseinrichtungen, u.a. eine Kinderkrippe. Auf Anregung der Grünen Fraktion wurden Kindertagesstätte und Schülerhort im Kinderhaus Sonnenschein umgesetzt, Öffnungszeiten flexibilisiert und das Eingangsalter für die KiTa auf zwei Jahre herabgesetzt. Mit Grüner Unterstützung wurde das Hortangebot für Fünft- und Sechstklässler/innen erweitert und aufgestockt.

Aber es bleibt viel zu tun. Heute gilt es, ein angebotsorientiertes, durchgängiges, kommunales Bildungs- und Betreuungskonzept in Angriff zu nehmen, das den Bedürfnissen der Rheinstettener Kinder und Eltern mit möglichst wohnortnahen Einrichtungen gerecht wird.

Wie die jüngste Sozialstatistik ergab, liegt der Anteil an Alleinerziehenden bezogen auf alle Haushalte mit Kindern in Rheinstetten mit 28,7 % an zweithöchster Stelle im Landkreis. Daher sollten bei Maßnahmen zugunsten einer besseren Vereinbarkeit von Eltern-Sein und Beruf auch über Unterstützungsangebote für Alleinerziehende nachgedacht werden. Familienfreundliches Rheinstetten heißt für uns auch, möglichst flexible Öffnungszeiten in wohnortnahen Einrichtungen und Mittagstischangebote in den Ortsteilen anzubieten.

Die Kindergärten und Tagesstätten unserer Gemeinde sollen eine individuelle Förderung von Kindern unabhängig von sozialer Herkunft, Behinderung oder Migrationshintergrund ermöglichen. Dazu sind insbesondere ein angemessener Betreuungsschlüssel, Kreativ-, Spiel- und Sportangebote innen und im Freien, Rückzugsecken erforderlich. Das Angebot heilpädagogischer Gruppen, das Kindern mit besonderem Förderbedarf den gemeinsamen Besuch von Kindergärten ermöglicht, hat sich bewährt. Von diesem Miteinander profitieren alle Kinder. Das Angebot des Landesförderprogramms „Singen-Bewegen-Sprechen“ zur frühkindlichen Sprachförderung kommt Kindern mit und ohne Migrationshintergrund nachhaltig zugute. Entsprechende Angebote sollen beibehalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Der Waldkindergarten wurde mit Grüner Unterstützung endlich in den Kindergartenbedarfsplan aufgenommen und stellt zweifelsohne eine Bereicherung des Betreuungsangebots unserer Gemeinde dar.

Wir freuen uns, dass es bei uns endlich Kleinstkindbetreuung gibt – auch wenn wir diese lieber verzahnt mit bestehenden Einrichtungen und Trägern gesehen hätten. Wir begrüßen, dass die grün-rote Landespolitik die Zuschüsse an die Kommunen für den Ausbau der Kleinkindbetreuung mehr als verdoppelt hat, das Land 68% der Betriebskosten übernimmt.

Der inzwischen in die Albert-Schweitzer-Schule umgezogene Schülerhort hat sich bewährt. Als einziger Hort Rheinstettens sind seine Kapazitäten aber inzwischen erschöpft. Räumlichkeiten und Außenbereich sind weiter aufzuwerten, um altersgemäße Angebote zu ermöglichen. Außerdem ist zu prüfen, wie das Angebot flexibler gestaltet und bei Bedarf um Hausaufgabenbetreuung ergänzt werden kann. Im Zuge eines durchgängigen Betreuungsangebots sind ergänzend erweiterte Betreuungsmöglichkeiten mit Mittagstisch in Forchheim auszubauen. Um Eltern und Gemeinde eine zuverlässige Planung zu ermöglichen, muss eine kontinuierliche verbindliche Bedarfsanalyse erfolgen. Darüber hinaus setzen sich Bündnis90/Die Grünen für Ganztageschulen ein.

Wir freuen uns, dass der Gemeinderat in den letzten Jahren flexibel auf zusätzlichen Betreuungsbedarf reagiert hat und werden uns dafür einsetzen, dass dies auch weiter so gehandhabt wird.

Auch Kleinstkind- und Hortbetreuung sollte für alle, die dies benötigen, erschwinglich sein. Dies mit der nun breiteren Trägerlandschaft auszuloten, wird die nächste Herausforderung. Die Gebühren sollten möglichst einkommensabhängig gestaffelt werden.

8 Verantwortliches Rheinstetten

8.1 Integration von Flüchtlingen

Bei der Flüchtlingsaufnahme setzen wir uns für gute humanitäre Standards ein. Den elementaren Bedürfnissen der aufgenommenen Flüchtlinge wollen wir im Hinblick auf ihre Unterbringung und Betreuung besser Rechnung tragen, als dies bislang der Fall ist. Die neuen Mindeststandards der grün-roten Landesregierung für die Unterbringung werden wir vor Ort ebenso umsetzen wie eine verbesserte Betreuung von Asylsuchenden. Wir wollen, dass Flüchtlinge frühzeitig Sprachkurse erhalten. Diese sind für ein friedliches Miteinander unerlässlich. Dezentrale Unterkünfte, wie die aktuelle Flüchtlingsunterkunft am Kutschenweg, grenzen aus. Wir setzen uns für Unterkünfte innerhalb der Ortsteile ein. Dies ermöglicht eine bessere Integration, ist humaner und erleichtert nachbarschaftliche Kontakte.

8.2 Für Toleranz und Vielfalt

Wir GRÜNE wollen in Baden-Württemberg ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung und der Toleranz erreichen. Deshalb werden wir die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konsequent auch auf der kommunalen Ebene führen. Wir unterstützen Projekte, wie die Internationalen Wochen gegen Rassismus und friedliche Demonstrationen gegen Rechtsextremismus ebenso wie Projekte, die z.B. an Schulen entsprechende Aufklärungsarbeit leisten. Eine lebendige Erinnerungskultur zur Auseinandersetzung mit rassistischen Verbrechen und mutigem Widerstand ist uns wichtig, deshalb setzen wir uns für den Erhalt und den Ausbau von Gedenkorten ein.

8.3 Gleichberechtigung und Gender Mainstreaming

Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben ermöglicht. Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen und damit der Vielfalt des Lebens. Im Zentrum unserer Geschlechterpolitik stehen eine Zeitpolitik und Rahmenbedingungen, die individuellen Bedürfnissen und unterschiedlichen Lebensentwürfen von Männern und Frauen Rechnung tragen. Denn wir alle brauchen Zeit - für Bildung, für Karrieren, für Phasen der Fürsorgearbeit und Zeit für uns selbst. Diese Zeiten müssen möglich und sie müssen sozial abgesichert sein.

Gleichberechtigung braucht Geschlechterdemokratie. Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass sich Frauen selbstverständlich auf Augenhöhe beteiligen können – in der Gesellschaft, in der Gemeinde und am Arbeitsplatz. In ihrer Arbeitgeberfunktion ist die Stadt Rheinstetten hier besonders gefordert.

Gleichberechtigung schafft Zukunft, denn nur eine geschlechtergerechte Gesellschaft wird die Aufgaben von morgen bewältigen.

Unter Gender Mainstreaming verstehen wir die „Geschlechtergleichstellung als Querschnitts- oder als Gemeinschaftsaufgabe“. Gender Mainstreaming verfolgt das Ziel, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen der Geschlechter, gleich welcher sexuellen Orientierung, auf den verschiedensten Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zu berücksichtigen. Es ermöglicht die konstruktive Auseinandersetzung mit Unterschieden in Geschlecht, Alter, sozialer und kultureller Herkunft bei allen Planungs- und Abstimmungsprozessen in der Gemeinde.

Als politisches Leitprinzip fördert und nutzt es den bewussten Umgang mit Vielfalt. Dabei wollen wir z. B. folgende Bereiche besonders im Blick behalten: Städtebauliche Maßnahmen, Datenmanagement, gendergerechte Sprache im gesamten Formularwesen (z. B. in der Bibliothek), Ausschreibungsverfahren, Gewerbeplanung, Gewährleistung einer fußläufigen und sicheren Erreichbarkeit von Einrichtungen des täglichen Bedarfs wie z. B. Einkaufsstätten und Kinderbetreuung.

8.4 Akzeptanz und gleiche Rechte auf allen Ebenen

Das Land Baden-Württemberg erarbeitet derzeit einen Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte. Städte und Gemeinden sollen die Erarbeitung dieses Aktionsplans unterstützen und kommunale Maßnahmen daraus mit Nachdruck umsetzen. Wir GRÜNE regen darüber hinaus an, auch auf kommunaler Ebene Aktionspläne unter Beteiligung vorhandener lokaler Vereine und Initiativen zu erstellen. Hierbei sollen vor allem Aufklärungsprojekte im Schul- und Jugendbereich im Fokus stehen. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle wollen und brauchen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort. Da die Beratungssituation derzeit höchst unbefriedigend ist, setzen wir GRÜNE uns für die Schaffung von Beauftragten für gleichgeschlechtliche und andere nichtheteronormative Lebensweisen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten ein.